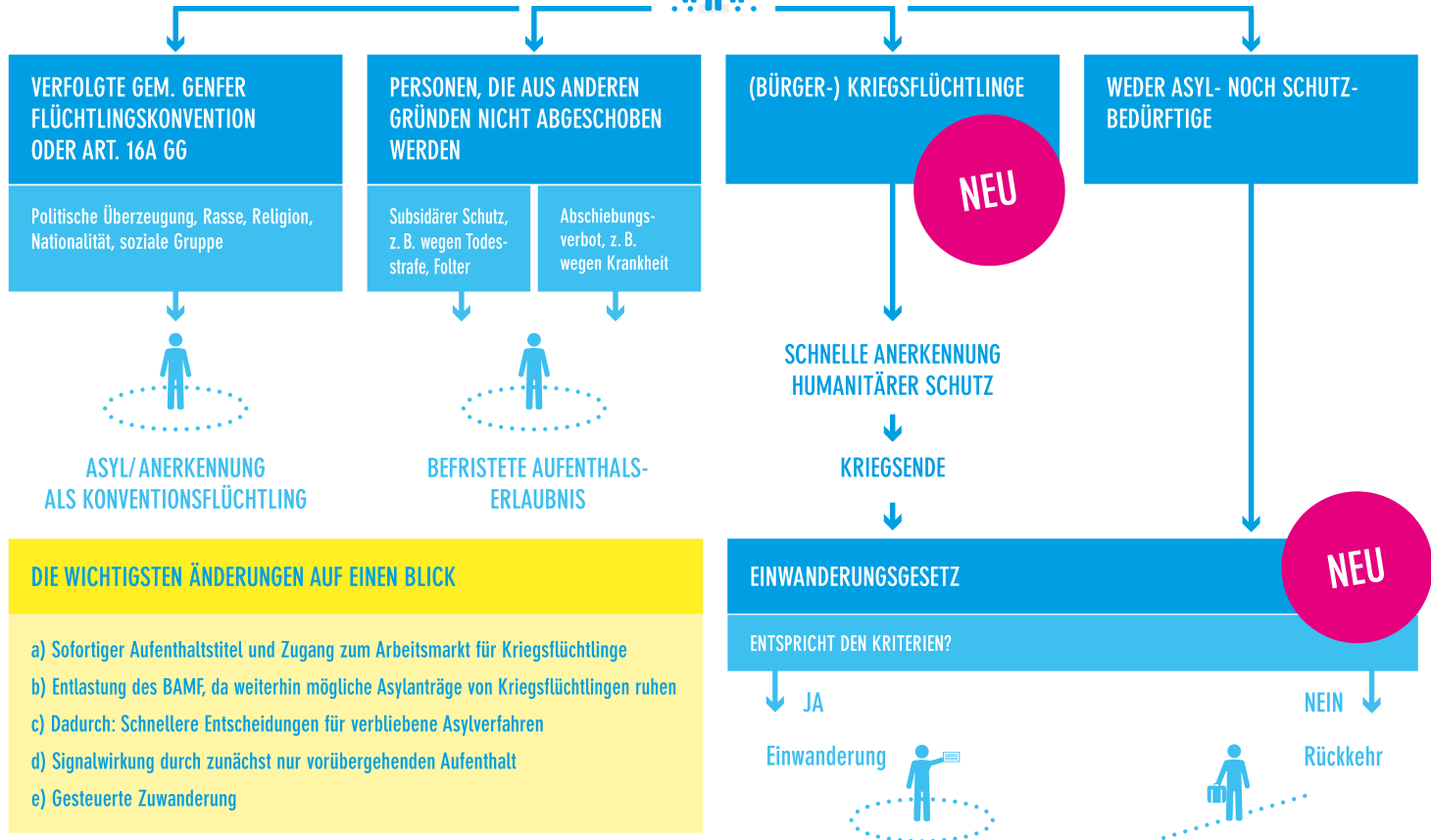


HUMANITÄRER SCHUTZ und EINWANDERUNGSGESETZ

Freie Demokraten

FDP



DIE WICHTIGSTEN ÄNDERUNGEN AUF EINEN BLICK

- a) Sofortiger Aufenthaltstitel und Zugang zum Arbeitsmarkt für Kriegsflüchtlinge
- b) Entlastung des BAMF, da weiterhin mögliche Asylanträge von Kriegsflüchtlingen ruhen
- c) Dadurch: Schnellere Entscheidungen für verbliebene Asylverfahren
- d) Signalwirkung durch zunächst nur vorübergehenden Aufenthalt
- e) Gesteuerte Zuwanderung

Wir haben das Chaos nicht angerichtet, aber wir können es aufräumen.

Die Freien Demokraten Baden-Württemberg wollen:

- den Aufbau und Ausbau eines wirksamen europäischen Grenzschutzes. Länderkontingente zur Verteilung der Flüchtlinge müssen entwickelt werden.
- für die hier ankommenden Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, statt unklarem Asylstatus, einen unbürokratisch verlässlichen aber zeitlich begrenzten Schutzstatus. (Humanitärer Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge.) Asyl für politisch Verfolgte oder für Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konventionen bleibt davon unberührt.
- Flüchtlinge schneller und konsequenter abschieben, wenn keines dieser Kriterien erfüllt wird – die grün-rote Landesregierung versagt hier. Nach Beendigung des Konflikts müssen auch die anderen Flüchtlinge unser Land wieder verlassen.
- umgehende Registrierung, eine Flüchtlingskarte und eine Datenbank, auf welche alle Behörden zugreifen können. In einem Rechtsstaat müssen die Behörden wissen, wer sich in ihm aufhält. Nicht registrierte Personen in unserem Land sind ein unhaltbarer Zustand.
- während des Asylverfahrens und für abgelehnte Bewerber die Residenzpflicht wiedereinführen. Dies gilt auch für Personen mit Humanitärem Schutzstatus. Als ultima ratio wollen wir auch den Familiennachzug für Flüchtlinge aussetzen.
- um die angespannte Sicherheitslage zu entschärfen, die Polizeireform evaluieren, nachbessern sowie 1.000 zusätzliche Polizisten einstellen und deren Ausrüstung erheblich verbessern.
- unsere Kommunen entlasten, welche unendlich viel leisten, vom Land aber im Stich gelassen werden. Für Kommunen mit LEA-Einrichtungen muss massive personelle und logistische Unterstützung seitens des Landes bereitgestellt werden. Diese werden sonst zu Gefahrenzonen für Anwohner und Flüchtlinge.
- auch bei der Anschlussunterbringung für Kostentransparenz sorgen und die Finanzierung durch das Land (momentan nur 25%) deutlich anheben. Zwangsentlegungen von Wohnraum durch Kommunen und Land lehnen wir als Rechtsstaatspartei entschieden ab.
- dafür sorgen, dass Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können – Arbeitsverbote und Restriktionen treiben die Kosten in die Höhe und müssen sofort aufgehoben werden.
- die verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen, denn die Werte und Regeln unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind bindend. In diesen soll insbesondere unsere Rechtsordnung, unser Verständnis von Demokratie und die Gleichberechtigung von Mann und Frau vermittelt werden.

Wir wollen weg von Alleingängen und Krisendiskussionen, hin zu einer von Sachlichkeit und Vernunft getragenen gesellschaftlichen Debatte über die besten Lösungen.